

Ruswil: Der Gemeinderat informiert

Wenn nicht jetzt – wann dann?

Der bisherige Rechnungsvorlauf im laufenden Jahr zeigt, dass das Budget 2017 mit einem veranschlagten Ertragsüberschuss von 244900 Franken erreicht werden kann. Das Budget 2018 und der Finanzplan 2018 bis 2022 wurde mit Berücksichtigung der Mehrbelastungen der Gemeinde durch den Kanton und der zukünftigen Investitionen sehr vorsichtig erstellt.

Gemeinderat / Markus Loser

An der letzten Sitzung konnte der Gemeinderat von einem positiven bisherigen Rechnungsvorlauf im laufenden Jahr Kenntnis nehmen. Der veranschlagte Ertragsüberschuss für das Jahr 2017 von 244900 Franken dürfte sogar übertroffen werden. Zudem verfügt die Gemeinde derzeit über 6,4 Millionen Franken Reserven (Eigenkapital von 2,7 Millionen Franken und Vorfinanzierungen von 3,7 Millionen Franken).

Steuererträge bereits über Budget 2017

Bei den Steuererträgen für das laufende Jahr hat man bereits per Ende Oktober 2017 das budgetierte Ziel für 2017 erreicht. Diese liegen bereits drei Prozent höher als budgetiert. Bei den schwierig zu planenden Sondersteuern mit Handänderungs-, Grundstückgewinn- und Erbschaftsteuern liegen die bisherigen Rechnungsstellungen sogar 60 Prozent über dem Budget 2017.

Nettoverschuldung unter kantonalem Mittel

Die Statistik der LUSTAT zeigt, dass Ruswil im Jahr 2016 eine Nettoschuld pro Einwohner von 1872 Franken aufweist. Damit liegt die Gemeinde Ruswil unter dem kantonalen Mittel von 1970 Franken Nettoschuld pro Einwohner und auf Platz 27 von 61 Luzerner Gemeinden mit einer Verschuldung.

Finanzierung noch nie so günstig

Diese finanzielle Situation hat eine sehr gute Grundlage geschaffen, um die anstehenden Projekte in der Gemeinde stemmen zu können. Die Gemeinde kann zudem langfristige Festkredite für 8 bis

10 Jahre zu sehr guten Konditionen aufnehmen. Das schafft langfristig finanzielle Sicherheit und die sehr tiefen Zinsen geben «Luft», damit höhere Amortisationsmöglichkeiten möglich sind.

Nachhaltige Investition für nächste Generationen

Nach einer Phase von Schuldenabbau ist es Zeit, in dringend erforderliche Projekte zu investieren. Mit dem vorgesehenen Neubau der Gemeindeverwaltung im Dorfkern West mit gleichzeitiger Sanierung des Chrämerhus will der Gemeinderat zwei dringende und unbestrittene Anliegen in einem erfüllen. Einerseits will er das Bedürfnis nach einer zentralen, modernen und effizienten Gemeindeverwaltung stillen und andererseits einen gewichtigen Beitrag an die längst fällige Dorfkernerneuerung leisten. Personen, die seit längerem in Ruswil wohnen, wissen, dass schon jahrzehntelang über die Dorfkernerneuerung diskutiert wird, aber bis heute nichts gelungen ist. Jetzt liegt ein Gesamtkonzept vor, mit dem Dorfkern West und dem Dorfkern Ost, beide aufeinander abgestimmt. Indem die Gemeinde nun im Dorfkern West gleichzeitig die Erneuerung des Dorfkerns und die Erneuerung der Gemeindeverwaltung lösen kann, wird Substanz geschaffen, Substanz für die Zukunft, nicht nur für die nächste Generation, sondern wieder für Generationen. Das ist eine nachhaltige Investition und nicht nur ein Ausgeben von Geld. Es liegt ein Gegenwert vor.

Langjährige Planung jetzt umsetzen

Es wird intensiv über das Projekt Dorfkern West mit Gemeindehaus diskutiert, was gut ist. Das ganze Konzept beruht auf einer siebenjährigen Planung. Im 2010 wurde die Gesamterneuerung des Dorfkerns an die Hand genommen. Alle Eigentümer konnten von einer Erneuerung überzeugt werden und sie wurden in die Verantwortung eingebunden. Vor Erteilung des Wettbewerbsauftrages wurden die Verkehrswerte aller betroffenen Liegenschaften von der gleichen Unternehmung nach einheitlichen Grundsätzen geschätzt. Im Verhältnis zu den ermittelten Grundstückswerten haben sich die Eigentümer anteilmässig

an den Wettbewerbskosten beteiligt, und sich verpflichtet, ihre Liegenschaften und Grundstücke bei einer Verwirklichung des Projektes zu diesen im Jahre 2012 fixierten Werte einzubringen. Es handelt sich somit um faire und in keiner Weise überrissene Werte, welche zudem fixiert sind und nicht heraufgetrieben werden konnten.

Standort Gemeindeverwaltung demokratisch entschieden

Am 3. März 2013 stimmte die Bevölkerung aufgrund des Wettbewerbsergebnisses dem Standort des Gemeindehauses im Dorfkern West zu und sie bewilligten einen Planungskredit von 455000 Franken. Der Gemeinderat hat daraufhin auftragsgemäss die Planung an die Hand genommen. Das heute vorliegende Projekt wurde Schritt für Schritt und mit diversen Volksabstimmungen über den Dorfkern erarbeitet. Trotz der demokratischen Entscheidung der Standortfrage im Dorfkern West, wird immer wieder der Standort an der Rosswöschstrasse ins Spiel gebracht. Dort hat die Gemeinde zwei Grundstücke: Auf einem steht das Haus, welches als schützenswert eingestuft ist und Bestandteil der Gebäudegruppe Gerbi bildet. Beim zweiten Grundstück, der Parkplatz Untere Gerbi, müsste zuerst die Frage einer allfälligen neuen Verkehrsführung geklärt werden. Durch den notwendigen Platzbedarf mit Wegfall von Parkplätzen müsste zudem am Standort Rosswöschstrasse die Gemeinde selber unterirdische Parkplätze schaffen und die beiden Nachbargrundstücke des privaten Eigentümers müssten miteinbezogen werden. Das Ganze wäre wahrlich auch eine grosse Herausforderung mit hohen, noch nicht abschätzbaren Kosten und zeitraubenden Abklärungen.

Gemeinde wird nicht zum «Beizer»

Bekanntlich werden mit der Verwirklichung des Projektes Dorfkern West auch die Räumlichkeiten des heutigen Café Chrämerhus erneuert. Im Hinblick auf die Belebung des Dorfkerns wäre es grundfalsch, diesen Ort der Begegnung nicht aufrechtzuerhalten. Die Gemeinde beabsichtigt aber keines-

falls, das Café in eigener Regie zu betreiben. Es besteht die Absicht, den Betrieb zu verpachten oder eventuell im Stockwerkeigentum weiter zu veräussern. Gemeinderat und Planungskommission waren sich einig, dass es für den Planungs- und Bauprojekt ungünstig wäre, bereits im heutigen Zeitpunkt eine eigentümliche Abtrennung der Gastorräumlichkeiten vorzunehmen.

Projekt mit Substanz und Weitsicht

Die 15,3 Millionen Franken sind nicht für die Gemeindeverwaltung allein. Nebst den 1,1 Millionen Franken Bundes- und Kantonsbeiträge bringen die verzinsten Einnahmen aus der Vermietung des Gastrobetriebs, des Polizeipostens und der Reserveräume nach der Berechnung der Truvag Treuhand AG 2,5 Millionen Franken ein. Somit beträgt die Investition für die Gemeindeverwaltung allein rund 11,7 Millionen Franken, was vergleichbar ist mit Gemeindeverwaltungen in anderen etwa gleich grossen Gemeinden. Auch an Alternativstandorten würde die Investition in diesem Bereich liegen. Zudem sind Reserveräume wichtig, da die Gemeinde seit längerem überlegt, die Sozialberatung statt wie bisher ausgelagert ans Sozialberatungszentrum Region Entlebuch wieder zurück nach Ruswil zu nehmen. Nebst Zahlungen, die eingespart werden könnten, würde die Beratung näher an den Personen in Ruswil angeboten. Bisher hat die Gemeinde auf diese Rücknahme verzichtet, da die Räume fehlen. Würden bei einem Neubau der Gemeindeverwaltung keine Reserveräume vorhanden, müssten bereits wieder an einem anderen Standort Räume zugemietet werden. Das wäre doch kein Konzept für einen Neubau.

Jahrelange Planung und Entscheide für Nichts

Bei einer Ablehnung des Projektes müsste die Erneuerung der Gemeindeverwaltung wieder von Null an beginnen und der bereits verplante Betrag von 455000 Franken wäre verloren. Dem Umstand, dass eine Erneuerung nötig ist, stimmen mittlerweile alle zu; das zeigen die Äusserungen der Gegner und Befürworter in der Öffentlichkeit. Das wäre wieder

ein jahrelanger Prozess. Was das und ein anderes Projekt kosten würde, müsste sich erst anhand von seriösen Zahlen zeigen.

Abstimmungsbotschaft

In dieser Woche ist die Botschaft zu den drei Abstimmungsvorlagen in den Haushalten. Die Botschaft gibt detailliert Auskunft über den Sonderkredit der Dorfkernerneuerung West, der Revision der Gemeindeordnung und dem Vorschlag 2018 mit der Investitionsrechnung. Ebenso beinhaltet die Botschaft die Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2018 bis 2022 und des Jahresprogramms 2018. Der vollständige Auszug des Vorschlages 2018 ist als Download auf der Gemeindeforum unter Verwaltung/Publikationen verfügbar oder können am Schalter der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

Orientierungsversammlung am 13. November

Vorgängig zu den Abstimmungen findet am Montag, 13. November im Pfarreiheim mit Beginn 20 Uhr eine Orientierungsversammlung statt. Nebst den Abstimmungsgeschäften werden über das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt des Alterswohntzentrums und die strategische Schulraumplanung informiert. Verabschiedet wird der seit fast 30 Jahre für Ruswil tätige Ortsplaner Walter Wanner. Für Fragen und Antworten zu den einzelnen Themen ist genügend Zeit eingeplant und der Gemeinderat freut sich auf zahlreiches Erscheinen.

Baubewilligungen

Verena Kunz-Kipfer, Cheerhof 1, Ruswil, Neubau Gartenhaus innerhalb der Parzelle Nr. 891, Cheerhof 1. – Urs und Irene Limacher-Erni, Tanne 1, 6017 Ruswil, Neubau Ökonomiegebäude innerhalb der Parzelle Nr. 130, Tanne. – Hugo und Annelies Müller-Birrer, Lochbachweid, Ruswil, Fassadensanierung Nordseite innerhalb der Parzelle Nr. 1269, Lochbachweid. – Franz und Emma Wermelinger-Schütz, Bielmüli, Werthenstein, Ersatzneubau Remise innerhalb der Parzelle Nr. 963, Bielmüli. – Duss Immo GmbH, Grindel 7, Ruswil, Einbau von zwei Loggias in Dachgeschoss innerhalb der Parzelle Nr. 2365, Grindel 12.

Wolhusen: Der Gemeinderat informiert

Voranschlag 2018 mit einem Plus

Erika Lipp-Renggli ist als Mitglied der Bildungskommission in stiller Wahl gewählt. Den Stimmberechtigten wird der Voranschlag 2018 mit einem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von 816000 Franken vorgelegt.

Der Voranschlag 2018 der Laufenden Rechnung basiert auf einem unveränderten Steuerfuss von 2,40 Einheiten und sieht bei einem Gesamtaufwand von rund 27 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von 816000 Franken vor. Dieser ist hauptsächlich auf den Buchgewinn aus der Veräusserung der Liegenschaft Gütsch (1,350 Millionen Franken) zurückzuführen. Mehraufwände sind in den Bereichen Allgemeine Verwaltung (176600 Franken), Bildung (46700 Franken), Gesundheit (62500 Franken) und Soziale Wohlfahrt (107400 Franken) zu verzeichnen. Der im Rahmen des kantonalen Konsolidierungsprogramms 2017 (KP17) geänderte Kostenteiler bei den Ergänzungsleistungen AHV/IV führt zu einer Mehrbelastung von 377600 Franken, was annähernd einem Steuerzehntel ent-

spricht. Erfreulicherweise können bei den Gemeindesteuern Mehrerträge von 453500 Franken budgetiert werden. Im Budgetprozess musste der Gemeinderat erneut Kürzungen und Streichungen – insbesondere bei Beschaffungen und beim Unterhalt – vornehmen. Der Handlungsspielraum beim freibestimmbaren Aufwand ist jedoch sehr beschränkt; die grossen Aufwandpositionen sind gesetzlich vorgegeben und somit gebunden. Der gebundene Aufwand liegt bei nahezu 90 Prozent des kommunalen Finanzhaushalts.

Liegenschaft Gütsch

In zwei separaten Vorlagen entscheiden die Stimmberechtigten über die Veräusserung der Liegenschaft Gütsch. Der Gemeinderat beantragt, das Baurechtsgrundstück Nr. 1036, Gütsch 2, zum Preis von 500000 Franken an die Baurechtsnehmerin Baugenossenschaft Wolhusen zu verkaufen. Das Grundstück Nr. 857, Gütsch 4 und 5, soll für 5 Millionen Franken an die KAB Wohnraumgenossenschaft veräussert werden. Beide Kaufangebote sind äusserst angemessen und bieten Ge-

währ, dass die Wohnungen in der bisherigen Form vermietet und keine Spekulation betrieben wird. Die KAB Wohnraumgenossenschaft strebt zusätzlich den Erwerb einer Teilfläche des oberliegenden Grundstücks Nr. 187 der Kath. Kirchgemeinde an. Gemäss Machbarkeitsstudie sollen gemeinsam rund 40 Wohneinheiten realisiert werden. Der Zeitpunkt für die Veräusserung kommt für die Einwohnergemeinde optimal, da einerseits bei der Liegenschaft Gütsch mittelfristig Investitionen anstehen und andererseits das Projekt «Wohnen am Wiggernweg» kurz vor der Realisierung steht.

Investitionsrechnung

Der Voranschlag 2018 der Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von 6,069 Millionen Franken vor. Der Grossteil der Investitionen (3,387 Millionen Franken) entfällt auf die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung und belastet somit die Laufende Rechnung nicht. Investitionen im Gesamtbetrag von 3,32 Millionen Franken wurden bereits als Sonderkredite bewilligt (Schulanlage Rainheim, Kanalisation Zihlenfeld, Re-

genbecken Blindei). Für die Projekte Regenbecken Blindei (603000 Franken) und Kanalisation Kommetsrüti (1,95 Millionen Franken) werden Zusatz- bzw. Sonderkredite beantragt. Die geplanten Investitionen lassen sich nicht weiter aufschieben oder es handelt sich um gebundene Ausgaben.

Finanz- und Aufgabenplan

Der Finanz- und Aufgabenplan 2018 bis 2022 zeigt mit Ausnahme von 2019 (-355000 Franken) auch für die Folgejahre positive Rechnungsergebnisse bis zu 509000 Franken (2022). Durch die geplanten und hauptsächlich spezialfinanzierten Investitionen steigt die Propkopf-Verschuldung von 5658 Franken (2017) auf 6844 Franken (2019) an, um dann bis 2022 auf 6111 Franken zu sinken. Wichtig ist jedoch, dass kein Bilanzfehlbetrag generiert wird. Über die Details wird der Gemeinderat an der Orientierungsversammlung vom 6. November informieren.

Bildungskommission

Für die Ersatzwahl eines Mitglieds der Bildungskommission für den Rest der

Amtsperiode 2016 bis 2020 wurde innert der gesetzlichen Frist nur eine Kandidatur eingereicht. Somit ist eine stille Wahl zustande gekommen. Nachdem alle Sitze durch stille Wahl besetzt werden, findet der erste Wahlgang am 26. November nicht statt. Der Gemeinderat hat die Wahl von Erika Lipp-Renggli, Erlenmättli 1, Steinhuserberg, SVP, als Mitglied der Bildungskommission genehmigt. Er gratuliert der Gewählten, dankt für ihr Engagement und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Der Amtsantritt erfolgt am 1. Januar 2018. Die Ersatzwahl wurde aufgrund der Demission von Claudia Boog-Wicki, Burghalde 15, CVP, nötig.

Weiterbildungen

Ivana Marti, Fachbearbeiterin/Zivilstandsbeamtin Regionales Zivilstandsamt, und Stefanie Stadelmann, Sachbearbeiterin Soziales und Gesundheit, haben berufsbegleitend den Lehrgang Verwaltungswirtschaft, Basismodul und Fachmodul Recht, an der Hochschule Luzern besucht und mit dem Fachausweis Verwaltungsfachfrau erfolgreich abgeschlossen. IF